



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 05.06.2024**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Claudia Schmidt
Hendrik Lange
Dr. Ulrike Wünscher
Dr. Inés Brock-Harder

Melanie Ranft

Carsten Heym
Olaf Schöder

Dr. Silke Burkert

Dr.med. Detlef Wend
Andreas Hemming
Cordula Henke

Friedrich Lembert
André Scherer
Paulin Amler
Jan Riedel

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
anwesend bis 17:45 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
anwesend bis 18:25 Uhr
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
anwesend bis 18:20 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
anwesend bis 18:30 Uhr
Fraktion MitBürger
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin,
anwesend bis 18:41 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Christian Hiepe
Susanne Schultze
Annika Seidel-Jähmig

Lisa Leluk

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Fachbereichsleiter Bildung
Abteilungsleiter Schule
Abteilungsleiterin Hochbau Schulen
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Stephan Wussow

Tilo Günther

Schulleiter der Kooperativen Gesamtschule
„Ulrich von Hutten“
Objektplaner, architekturconcept GmbH

Entschuldigt fehlten:

Andreas Schachtschneider
Andreas Slowig
Birgit Marks
Grit Michelmann
Jasmin Scholtbach

Fraktion Hauptsache Halle
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Schmidt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt sagte, dass nichts von der Tagesordnung zu streichen oder auf diese zu setzen ist. Sie gab bekannt, dass zu TOP 5.1 Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale) unter TOP 5.1.1 ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliegt. Zusätzlich gab sie bekannt, dass unter TOP 7 drei Informationsvorlagen eingestellt wurden. Unter TOP 7.1 wird die Vorlage VII/2024/07272 „Bericht Projektstand Schulbauprogramm“, unter TOP 7.2 die Vorlage VII/2024/07292 „Mitteilung über die Aufnahme in weiterführende Schulen Schuljahr 2024/25“ und unter TOP 7.3 VII/2024/07314 „Umsetzung Schulbauprogramm Wahlperiode 2019-2024“ behandelt.

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.05.2024
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07032
- 5.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07032
Vorlage: VII/2024/07313
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen

- 7.1. Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2024/07272
- 7.2. Mitteilung über die Aufnahme in weiterführende Schulen Schuljahr 2024/25
Vorlage: VII/2024/07292
- 7.3. Umsetzung Schulbauprogramm Wahlperiode 2019-2024
Vorlage: VII/2024/07314
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Christian-Wolff-Gymnasium
Vorlage: VII/2024/07258
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.05.2024
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Frau Schmidt eröffnete die Einwohnerfragestunde und bat Fragesteller 1 zum Rednerplatz.

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Grundschule "Otfried Preußler"

Fragesteller 1 kritisierte die Pläne der Stadtverwaltung, die Schüler der Grundschule Otfried Preußler während der Sanierung des Schulgebäudes mit Bussen zum Ausweichstandort in der Südstadt zu bringen. Sie fragte, warum die Verwaltung nicht nach anderen Lösungen sucht oder eine Containerlösung umsetzt und wollte wissen, wer die Verantwortung für die Kinder übernimmt, wenn etwas passiert?

Frau Brederlow antwortete, dass insbesondere aufgrund der vielen Einwände durch die Elternschaft verschiedene Lösungen nochmals geprüft wurden. Sie informierte, dass die Containerlösung zeitlich nicht umsetzbar ist, da weder die vorhandenen rechtzeitig aufgebaut, noch die fehlenden rechtzeitig erworben werden können. Sie fügte hinzu, dass die Aufsichtspflicht für den Schulweg von der Stadtverwaltung übernommen wird, da sie die Schülerbeförderung organisieren.

Herr Hiepe informierte, dass die derzeitige Lösung acht Busse vorsieht und sich die Stadt im Gespräch mit externen Personaldienstleistern befindet, um erzieherisches Personal zu finden, was in den Bussen die Begleitung vornimmt. Er fügte hinzu, dass auch ein Heimtransport für Notfälle eingerichtet wird.

Er erklärte, dass Stand heute keine verbindlichen Lösungen präsentiert werden können, da die Stadt an das öffentliche Auftragswesen gebunden ist und ausschreiben muss.

Fragesteller 1 fragte, wieso der Stadtrat etwas beschließt und die Verwaltung dann etwas Anderes macht.

Frau Brederlow erklärte, dass der Beschluss des Stadtrates in Gänze nicht umsetzbar war und die Stadt sich dadurch in der Pflicht sah, mit ihrem eingebrachten Aufhebungsbeschluss aufzuzeigen, was umsetzbar ist und was nicht.

zu 3.2 Fragesteller 2 zur Grundschule "Otfried Preußler"

Fragesteller 2 appellierte als Elternvertreterin einer Klasse der Grundschule Otfried Preußler an die Verwaltung, ihre Planung bezüglich der Schülerbeförderung in die Südstadt nochmal zu überdenken und bat die Stadträte um Unterstützung, eine Lösung zum Wohle der Kinder zu finden.

Sie kritisierte zum einen, dass viele Kinder einen Gesamtschulweg von bis zu einer Stunde haben werden, was die Zeit für das Lernen und andere schulische Aktivitäten reduziert. Sie informierte zudem, dass laut Hort keine Hausaufgabenbetreuung mehr gemacht wird und auch die AGs wegfallen.

Sie fragte, wie unter den beschriebenen Umständen die Kontinuität des Lernens und die Aufrechterhaltung des gewohnten Schulbetriebs sichergestellt werden kann.

Herr Hiepe antwortete, dass der Schulbetrieb durch den Schülerverkehr aufrechterhalten wird. Er sagte, dass außerschulisches Lernen sowie AGs immer noch nach der Rückbeförderung in Neustadt stattfinden können.

Er wies darauf hin, dass für Horte keine Pflicht besteht, eine Hausaufgabenbetreuung anzubieten, sicherte aber zu, dass die Stadt sich mit dem Hort in Verbindung setzen wird, um zu prüfen, ob das Aussetzen der Hausaufgabenbetreuung durch die Auslagerung entstanden ist.

Fragesteller 2 informierte, dass die Lehrer von einem desaströsen Zustand des Schulgebäudes in der Südstadt berichtet haben. Sie nannte unter anderem bröckelnden Putz, ein veraltetes Stromnetz, kaputte Bodenbeläge und fehlende Handläufe.

Sie fragte, ob eine Nutzung des Schulgebäudes aufgrund sicherheitstechnischer Mängel überhaupt zulässig ist.

Herr Bürger antwortete, dass die aufgezählten Mängel durch Sofortmaßnahmen bereits behoben wurden. Er sagte, dass bei einer Nachbegehung durch die Unfallkasse keine weiteren Mängel festgestellt wurden. Er fügte hinzu, dass die minimalen Mängel, die bei einer Revision des Stroms im Februar 2024 festgestellt wurden, bis zum neuen Schuljahr beseitigt werden.

zu 3.3 Fragesteller 3 zur Johannes-Grundschule

Fragesteller 3 fragte als Schulelternrat der Johannes-Grundschule, warum für die bereits 2021 geplante Sanierung dieser Schule noch kein Variantenbeschluss in den Stadtrat gekommen ist. Er merkte an, dass mittlerweile sogar ein neues Konzept für eine Ganztagschule erarbeitet werden soll, das voraussichtlich im 3. Quartal 2027 umgesetzt werden soll.

Er fügte hinzu, dass die Stadt, aufgrund der bevorstehenden Sanierung, eine Anfrage abgelehnt hat, Materialkosten zu stellen, mit denen die Eltern das Schulgebäude zumindest von Innen verschönern wollten. Er hofft, im Nachgang nochmal ins Gespräch zu kommen, um eine Notlösung zu finden.

Frau Brederlow antwortete, dass sich die Sanierung der Grundschule Johannesschule und der Grundschule Otfried Preußler vor drei Jahren verzögert hat, weil die Stadt die notwendigen Kreditermächtigungen für die Sanierungen nicht bewilligt bekommen hat.

Sie informierte, dass es mittlerweile eine Gesetzesänderung gegeben hat und man die bevorstehende Sanierung nutzen möchte, um aus der Grundschule Johannesschule eine Ganztagschule mit neuem Konzept zu machen, wobei die Stadt noch auf die Förderrichtlinien des Landes wartet.

Frau Schulze erklärte, dass die alten Varianten nicht mehr nutzbar sind, da sich mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung herausgestellt hat, dass sich die Schülerzahlen nach unten entwickeln.

Sie sagte, dass sie mit der Ganztagsbetreuungsrichtlinie ein Ganztagskonzept von Schule und Hort gemeinsam erwarten und mit den neuen Schülerzahlen dann neue Varianten erarbeitet werden.

Fragesteller 3 sprach an, dass nach seinem Kenntnisstand eine dreimalige Prüfung aufgezeigt hat, dass das Gebäude in der Ottostraße, als geplanter Ausweichstandort für die Sanierung 2027, zu klein für Schule und Hort ist.

Frau Schulze antwortete, dass nach Wissensstand der Stadtverwaltung die Kapazitäten in der Ottostraße ausreichen und dies auch nochmal vor der Sanierung geprüft wird.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.05.2024

Es lag keine Niederschrift vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

- zu 5.1 **Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07032**
- zu 5.1.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale) Vorlage: VII/2024/07032
Vorlage: VII/2024/07313**
-
-

Frau Schmidt beantragte das Rederecht für Herrn Wussow und Herrn Günther. Da es keine Widersprüche gab, erteilte sie beiden das Rederecht.

Frau Schultze sagte, dass im Vorfeld unterschiedlichste Varianten untersucht wurden und bewusst nur diejenigen in der Vorlage enthalten sind, die auch am Standort umsetzbar sind und dem Raumfunktionsprogrammes entsprechen. Anschließend übergab sie das Wort an den leitenden Architekten, Herrn Günther.

Herr Günther stellte beide Varianten mithilfe einer Präsentation vor.

Die Präsentation steht über Session zur Verfügung.

Herr Wussow lobte die enge Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem Architekten. Er sprach sich für die Variante zwei aus, da hier alle Fachunterrichtsräume in das neue Gebäude verlagert werden, diese somit neu sind und keine Kosten im Nachgang für die Sanierung der Räume entstehen, wie bei Variante eins. Zusätzlich brachte er an, dass der Schulalltag mit Variante zwei leichter zu gestalten ist, da hier die Lage aller Fachunterrichtsräume zentral ist und nicht über den Gebäudekomplex verteilt. Als weiteren Vorteil nannte er den projektorientierten Unterricht, der mit Variante zwei fächerübergreifend leichter möglich wird. Abschließend sagte er, dass die Variante nicht nur eine Investition in die bauliche Substanz der Schule ist, sondern auch in die Bildungsqualität.

Frau Dr. Wünscher brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein, schloss sich den Aussagen von Herrn Wussow an und bat um Zustimmung.

Herr Scherer fragte nach dem Verbleib der alten Turnhalle. Zusätzlich fragte er nach der Dachgestaltung des Neubaus und sagte, dass bei Einsatz von Solaranlagen auf dem Dach Einnahmemöglichkeiten entstehen.

Frau Schultze sagte, dass die vorhandene Turnhalle erhalten bleibt und lediglich um die fehlenden Felder ergänzt wird.

Herr Günther sagte, dass das Dach begrünt sein und eine Photovoltaik-Anlage erhalten wird. Eine detailliertere Aufstellung von Betriebskosten und ggf. Einnahmen sei zum jetzigen Planungsstand nicht möglich.

Frau Schultze betonte, dass bis dato nur der Variantenbeschluss besprochen wird, was der Leistungsphase 2 entspricht.

Frau Dr. Burkert begrüßte im Namen ihrer Fraktion den Erweiterungsbau der KGS „Ulrich von Hutten“ und sprach sich für Variante zwei aus. Sie fragte, ob es möglich ist, die Bunkeranlage als Zisterne zu nutzen und so Trinkbrunnen in der Schule zu ermöglichen. Zusätzlich fragte sie, wo der Volleyballplatz in Zukunft platziert wird.

Herr Günther erklärte, dass der Bunker zum größten Teil zerstört ist und aus diesem Grund nicht als Zisterne genutzt werden kann.

Frau Schultze sagte, dass im Rahmen der mittelfristigen Planung des Sporthallenneubaus auch die Sportaußenflächen mit betrachtet werden. Sie fügte hinzu, dass hier eine Abstimmung mit der Schule erfolgt. Ebenso sagte sie, dass die Schule mindestens einen Trinkbrunnen erhalten wird.

Herr Lange fragte nach einer Gegenüberstellung der Kosten von der Sanierung der alten Fachunterrichtsräume zu der Neuerrichtung der Räume im Erweiterungsbau.

Frau Schultze sagte eine Nachreichung bis zur Stadtratssitzung zu.

Frau Ranft fragte, ob die Variante zwei etwas versetzt umgesetzt werden kann, um Baumfällungen zu reduzieren.

Herr Wussow und **Frau Schultze** bejahten dies.

Frau Brederlow fragte nach dem Verbleib der alten Fachunterrichtsräume im Bestandsgebäude, wenn Variante zwei umgesetzt wird.

Herr Wussow antwortete, dass diese rückgebaut werden.

Frau Schultze ergänzte, dass diese Räume im Anschluss als normale Unterrichtsräume fungieren und so die Erhöhung der Zugänglichkeit ermöglichen.

Herr Schöder lobte die Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Schulleitung und sprach sich im Rahmen seiner Fraktion auch für die Variante zwei aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale) Vorlage: VII/2024/07032
Vorlage: VII/2024/07313**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Variante **2 4** – Neubau Fachraumkomplex gemäß Raumbedarf für den Schulstandort der Kooperativen Gesamtschule „Ulrich von Hutten“ in der Roßbachstraße 78 als Vorzugsvariante in Höhe von **14.470.000,00 €** ~~13.875.000,00 €~~ (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

**zu 5.1 Variantenbeschluss - Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten",
Schulstandort in der Roßbachstraße 78, 06112 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07032**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Variante **2 4** – Neubau Fachraumkomplex gemäß Raumbedarf für den Schulstandort der Kooperativen Gesamtschule „Ulrich von Hutten“ in der Roßbachstraße 78 als Vorzugsvariante in Höhe von **14.470.000,00 €** ~~13.875.000,00 €~~ (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2024/07272**

Frau Ranft sagte, dass der Stadtrats-Beschluss zur Grundschule „Am Kirchteich“ noch nicht dargestellt ist und fragte nach dessen Umsetzung.

Frau Schultze sagte, dass der Stadtrats-Beschluss umgesetzt wird und sich das Projekt aktuell in der zweiten Phase der Planungsausschreibung befindet.

Herr Lange fragte, ob es aktuell Planungen für den Bau einer weiteren Förderschule gibt, da alle bestehenden an der Kapazitätsgrenze sind.

Frau Brederlow sagte, dass aktuell Prüfungen gemeinsam mit der Schulbehörde laufen, ob es sich aufgrund der Schülerzahlen lohnt eine vierte Förderschule zu eröffnen.

Frau Schmidt fragte nach einer Aufschlüsselung der Kosten in Höhe von 3,7 Millionen € für die Container-Anlage der Grundschule „Otfried Preußler“

Frau Schultze sagte, dass die 3,7 Millionen € Planungsleistungen inkl. Genehmigungsplanung, Herrichtung des Grundstückes inkl. Fundamente und Zaunanlage sowie die Miete für die Containeranlage für zwei Jahre beinhalten.

Frau Schmidt fragte, ob die Möglichkeit besteht, in zwei Bauabschnitten zu sanieren, sodass die Hälfte der Schüler in den Räumen verbleiben kann.

Frau Schultze sagte, dass das zu Beginn der Plan war. Jedoch zeigte sich, dass der Plattenbau sehr hellhörig ist und damit der Baulärm zu laut gewesen wäre.

Herr Dr. Wend fragte, ob es eine Abfrage unter den Eltern gab, wer sein Kind mit dem PKW zur Schule bringt. Er schätze, dass sich so die Anzahl der zu transportierenden Kinder verringert.

Herr Hiepe sagte, dass bei dieser Schule so eine Abfrage nicht erfolgte, er jedoch diese Idee in die Planung der nächsten Sanierung einfließen lässt.

Herr Hemming wünschte sich eine kurze Erläuterung in der Übersicht, warum sich Baubeginn, Bauende oder Baukosten verändern.

Frau Schultze sagte das für die Zukunft zu.

Frau Dr. Burkert fragte, ob man die Schuleinzugsbezirke verändern kann, sodass sich die Schüleranzahl der Grundschule „Otfried Preußler“ verringert.

Frau Brederlow sagte, dass alle Grundschulen in Neustadt voll belegt sind, sodass sich bei einer Bezirksveränderung lediglich das Problem auf eine andere Schule verlagert.

Herr Lange fragte, ob Container mit einzelnen Modulen für die Sanierung der GS Otfried Preußler beschafft werden können, die im Nachgang auch für andere Schulsanierungen als Ausweichquartier nutzbar sind. So könnte die hohe Anschaffungssumme der Container abgemildert werden. Ebenso bat er um Übermittlung der Spezifikation, die die Stadtverwaltung abgefragt hat, um zu schauen, ob die Containervariante nicht doch die bessere Variante ist.

Frau Brederlow sagte zu beiden Punkten eine Beantwortung bis zur Stadtratssitzung am 19.06.2024 zu.

Herr Dr. Wend wünschte sich eine enge Kommunikation mit der Elternschaft der Grundschule „Otfried Preußler“ hinsichtlich des sich anbahnenden Schülertransports von der Neustadt in die Südstadt. Zusätzlich fragte er nach einer Lösung für den zu kleinen Schulhof des Lyonel-Feininger-Gymnasiums.

Frau Brederlow sagte, dass es aktuell keine Planungen diesbezüglich gibt.

Frau Dr. Burkert fragte, ob man Containermodule an der IGS am Planetarium aufstellen könnte, um einen Teil der Schüler der GS Otfried Preußler während der Sanierung dort unterzubringen. Im Nachgang könnten die Module als Erweiterung der IGS genutzt werden.

Frau Brederlow stellte infrage, ob die IGS tatsächlich so viele Unterrichtsräume braucht und ob es einen geeigneten Platz für die Container am Planetarium gibt. Sie sagte eine detaillierte nachträgliche Beantwortung bis zur Stadtratssitzung am 19.06.2024 zu.

Herr Lemberg fragte, ob es aufgrund sinkender Kinderzahlen Überlegungen gibt, dass die Grundschule Karl Friedrich Friesen mit in die gerade im Bau befindlichen Grundschule in der Schimmelstraße einzieht.

Frau Brederlow sagte, dass in der Schimmelstraße eine Neugründung erfolgen wird und es vorstellbar ist, dass bei sinkenden Schülerzahlen die Grundschule Karl Friedrich Friesen aufgelöst wird, es aktuell aber keinerlei Planungen in diese Richtung gibt.

zu 7.2 Mitteilung über die Aufnahme in weiterführende Schulen Schuljahr 2024/25
Vorlage: VII/2024/07292

Frau Schmidt fragte, warum der Stand zu den Kapazitäten in der Anlage nicht aktueller ist. Ebenso fragte sie, weshalb die Aufstellung nicht die Sankt Mauritius-Sekundarschule und die freie Schule Bildungsmanufaktur enthält.

Herr Hiepe sagte, dass die Tabelle erstellt wurde, bevor die Kapazitäten beschlossen wurden. Er sagte eine Überarbeitung dieser Tabelle zu, die auch die genannten Schulen enthalten soll.

Herr Lange wies darauf hin, dass die beiden Schulen auf Seite 2 der Anlage aufgelistet sind. Er bat um Information, wie die Schüler mit fehlender Zuordnung aufgeteilt werden sollen.

Herr Hiepe sagte, dass erst die Bekanntgabe des Stadtrats-Beschlusses erfolgen muss, anschließend die Nachrückerliste abgearbeitet wird und den Eltern genügend Zeit für das Eltern-Votum gelassen werden sollte.

Er fügte hinzu, dass Mitte Mai die Alternativ-Wünsche ausgelost wurden und die Eltern hier einen Rückmelde-Zeitpunkt bis zum 05.06.2024 hatten und nun die Verwaltung nacharbeiten muss.

Herr Riedel sagte, dass er die Vorbereitung der Tabelle, auf deren Grundlage der Beschluss gefasst wurde, als ungenügend erachtet. Er befürchtete, dass weder das Gymnasium Südstadt, noch das Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium deren Kapazitäten ausnutzen wird und andere Gymnasien überfüllt sein werden.

Herr Dr. Wend sagte, dass es sehr unglücklich darüber ist, dass so viele Schüler noch nicht wissen, welche Schule sie nach den Sommerferien besuchen werden. Er machte als Hauptproblem aller Diskussionen den Fakt aus, dass die Stadt Halle keine IGS gründen durfte. Er fügte hinzu, dass es nun das Ziel aller Stadträte sein sollte, eine gute Lösung für alle Schüler der Stadt Halle zu finden.

Frau Brederlow betonte, dass die Anwahl zu den Schulen und die Zuweisung, wie in den letzten Jahren auch bis zum Schuljahresende am 31.07. erfolgt. Die Größenordnung ist aufgrund unterschiedlicher Faktoren dieses Jahr sehr hoch. Sie bat Herrn Riedel darum, sein Temperament und seine Wortwahl zu zähmen.

Herr Riedel stellte klar, dass es nicht um die Frage der Solidarität geht, sondern dass auf Grundlage eines Zahlenwerkes entschieden wurde, welches nicht stimmig ist. Er sagte, dass Schülerströme jetzt genauso gelenkt werden, wie es vermieden werden sollte. Er fügte hinzu, dass polemische Parteipolitik betrieben wurde und dass für die Sachargumente am Ende kein Platz mehr war. Abschließend sagte er, dass es in Halle kein Elitegymnasium gibt.

Frau Schmidt sagte, dass sie damit rechnet, dass mehr als die bisher üblichen 40-50 Restplätze an den gymnasialen Zweigen der kooperativen Gesamtschulen und den Gymnasien übrigbleiben werden.

Herr Lange äußerte sein Erstaunen darüber, dass es noch keinen Plan zur Verteilung der Schüler mit fehlender Zuordnung gibt. Er wandte sich an Herrn Riedel und sagte, dass nur weil seine Vorstellungen sich nicht durchgesetzt haben, andere Fraktionen keine polemische Parteipolitik betreiben. Er bat um Sachlichkeit in der Debatte.

zu 7.3 Umsetzung Schulbauprogramm Wahlperiode 2019-2024 Vorlage: VII/2024/07314

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

zu 7.4 Frau Brederlow zur Schulbezirksplanung

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung momentan die Schulbezirke gemeinsam mit den Grundschulen berät. Sie führte aus, dass dazu die Schulen ein reines Rechen-Modell bekommen haben. Sie fügte hinzu, dass die Verwaltung im Herbst in die AG Schulentwicklungsplanung mit einem gemeinsamen Vorschlag kommen will, wie die Schulbezirke in Halle-Neustadt künftig gestaltet werden.

Herr Lange sagte, dass es einen Prozess der Segregation in den Wohnsiedlungen selbst gibt, der sich nur bedingt steuern lässt, genauso wie den Fakt, dass sich Eltern aus Heide-Süd an anderen Grundschulen anmelden. Ein Steuerungsmechanismus, der hingegen steuerbar ist, ist die Schulbezirksplanung, die weise bedacht werden sollte. Er warnte davor, organisierte Segregation zu betreiben.

Herr Scherer regte an, bei Schulbezirksveränderungen in größerem Maße die Zugehörigkeit der Horte mitzubedenken.

Frau Brederlow sagte, dass es im Zusammenhang mit der Thematik „Ganztag“ an Grundschulen Arbeitsgremien gibt, die im Austausch mit den Trägern stehen.

Frau Dr. Wünscher wandte sich an Herrn Lange und sagte, dass mit seinen Vorschlägen das Problem nicht behoben wird. Sie fügte hinzu, dass jene Eltern, die ihr Kind beispielsweise an der Grundschule Kröllwitz anmelden, nicht diskreditiert werden sollten.

Herr Lange sprach sich dafür aus, den Schulbezirk zusammengelegt aus Heide-Süd und nördliche Neustadt so beizubehalten, da eine gute Durchmischung vorteilhafter ist als Segregation.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Christian-Wolff-Gymnasium Vorlage: VII/2024/07258

Diese Anfrage wurde aufgrund der Abwesenheit der SPD-Fraktion vertagt.

zu 8.2 Herr Lembert zur Grundschule Diesterweg

Herr Lembert sagte, dass der Hort vom Kinder- und Jugendhaus jetzt so viele Hortkinder hat, dass der Platz in dem Gebäude nicht mehr reicht und der Hort jetzt noch mit in die Grundschule Diesterweg einziehen soll. Er stellte fest, dass sich zwischen den beiden Einrichtungen der Pestalozzipark befindet und fragte, ob es nicht doch eine alternative Lösung innerhalb des Hort-Gebäudes gibt, wie der weitere Ablauf angedacht ist und wie die Schulhofnutzung gestaltet werden soll.

Herr Frolow sagte, dass die Planung dazu noch nicht abgeschlossen ist. Er fügte hinzu, dass die Gebäudestruktur beim Träger selbst noch geprüft werden muss, genau wie die Nutzungsmöglichkeiten dort.

zu 8.3 Stadtrat Herr Dr. Wend zur Grundschule Rosa Luxemburg

Herr Dr. Wend fragte erneut nach der Erhöhung der Reinigungsfrequenz in der Grundschule „Rosa Luxemburg“.

Frau Brederlow sagte eine interne Klärung und nachträgliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Stadtrat Herr Dr. Wend zum Campus Kastanienallee

Herr Dr. Wend fragte nach dem Planungsstand zum Campus Kastanienallee.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung aktuell in der Abstimmung ist hinsichtlich des Denkmalschutzes fürs Hochhaus.

zu 8.5 Stadtrat Herr Dr. Wend zum Startchancenprogramm

Herr Dr. Wend sagte, dass nach seinem Kenntnisstand zur Umsetzung des Startchancenprogramms 25 Schulen ausgewählt werden sollen. Er fragte, ob der Verwaltung Informationen dazu vorliegen, welche Schulen das sein werden.

Herr Hiepe bejahte dies. Er führte aus, dass die Grundschule Kirchteich, Grundschule „Rosa Luxemburg“, Grundschule Otfried Preußler, Sekundarschule Halle-Süd, Lernzentrum Halle-Neustadt, Berufsbildenden Schulen „Gutjahr“, Berufsbildenden Schulen V und die Gemeinschaftsschule Heinrich-Heine ab 01.08.2024 an der ersten Pilotphase teilnehmen. Er fügte hinzu, dass noch mehr halesche Schulen am Programm teilnehmen werden, diese werden jedoch erst nach der Pilotphase vom Bildungsministerium aufgerufen.

zu 8.6 Stadtrat Herr Lange zur Schule des Lebens "Helen Keller"

Herr Lange fragte, ob es einen Aufnahmestopp oder Aufnahmebegrenzung für die Schule des Lebens „Helen Keller“ geplant ist.

Herr Hiepe sagte, dass es aktuell keine Überlegungen dazu gibt, jedoch die Verwaltung im Austausch mit dem Landesschulamt ist, um Eckpunkte für eine Begrenzung abzustecken.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Schmidt beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin